

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postcheckkonto: Dresden 33 327.

Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennerdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Inh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Pettizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisförmung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 151

Bad Schandau, Mittwoch, den 1. Juli 1931

75. Jahrgang

## Pariser Krise

R. P. Die Pariser Verhandlungen Mellons über das Schuldenjahr stehen auf einem toten Punkt. Die Erponenten zweier politischer Weltanschauungen haben ihr „bis hierher und nicht weiter“ sehr vernehmlich und sehr entschieden ausgesprochen: Hoover und Laval. Kein Zweifel, es geht um mehr als um die Milliarden, die nach dem Hoover'schen Plan mit dem 1. Juli auf ein Jahr ungezahlt bleiben sollen. Es geht um mehr als um einen Meinungsstreit Amerika—Frankreich. Es geht um die Umkehr auf einem ins Verderben führenden Wege. Es geht um die Frage, ob Frankreich wie bisher allein die Welt mit seinem machtpolitischen Streben beherrschen soll. Es geht in Wahrheit um den Frieden, um das politische und wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt.

Laval hat vor wenigen Tagen den festen Willen Frankreichs verkündet, seine „geheiligten Rechte“, die „Heiligkeit der Verträge“ zu verteidigen. Amerika und mit ihm der weitaus größte Teil der übrigen Welt beginnen jedoch immer deutlicher zu sehen, daß diese „Heiligkeit der Verträge“ in Wahrheit eine verbrechliche Irreführung der öffentlichen Meinung und der Völker darstellt, und daß diese Verschiebung der Wahrheit jenes furchtbare Unglück über die Welt brachte, das eine ganze Generation ins Verderben stürzen muß, wenn nicht schleunigst der Weg zur Umkehr gefunden wird.

Ein amtliches Washingtoner Communiqué stellt sehr eindeutig fest, daß „alle Regierungen grundsätzlich dem Plan des Präsidenten Hoover zugestimmt haben, nur die französische Regierung macht eine Ausnahme.“ Es ist wohl seit dem Kriege zum ersten Male geschehen, daß Frankreich von einer befreundeten Regierung als öffentliche Störenfried bezeichnet worden ist. Es ist schon so, den Amerikanern fallen langsam die Schuppen von den Augen. Sie sind einmal, nämlich in Versailles, entsetzlich über's Ohr gehauen worden, damals als ihr Präsident Wilson alles für bare Münze und für reine Wahrheit nahm, was die Franzosen ihm über Deutschland, seine Untaten, seine Bevölkerung, seine Grenzen, seine Kolonien usw. sagten. Erst viel später hat man in Amerika eingesehen, wie es Frankreich verstanden hatte, die Unwissenheit der amerikanischen Vertreter über europäische Angelegenheiten auszunutzen und sie dadurch mitschuldig werden zu lassen an der Aufstellung eines Dokuments, von dem soeben ein Amerikaner in seiner Zeitung schrieb, daß es die Spaltung zwischen Amerika und Europa und damit die entsetzlichen Folgen herbeiführte, die wir jetzt in der ganzen Welt beklagen.

Es erübrigt sich, hier nochmals auf die Einzelheiten einzugehen, die Hoover veranlaßten, der Welt ein Schuldenjahr vorzuschlagen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß mit der Befreiung dieser Hoover'schen Wortschatz die Welt aufatmete, und daß in allen Ländern die Hoffnung erstand, daß damit ein wesentlicher Schritt getan wurde, um die Ursachen der Weltkrise zu beseitigen. „Nur die französische Regierung macht eine Ausnahme!“ Dieses Wort des amerikanischen Staatsdepartements sagt ungeschminkt, wie die Dinge stehen. Selbst die Vasallen Frankreichs, Polen und die Tschechoslowakei, haben den Hoover'schen Plan angenommen, und auch Belgien, das im Verhältnis am schwersten unter den Auswirkungen des Hoover'schen Moratoriumsvorschlages zu leiden haben würde, ist grundsätzlich bereit, sich mit dem Plan abzufinden. Die Welt sehnt sich nach Frieden, Ruhe und wirtschaftlichem Ausgleich. „Nur die französische Regierung macht eine Ausnahme!“ Diese amerikanische Feststellung weist zwingend auf die französische Vorkriegspolitik hin, die nur ein Ziel kannte, Deutschlands Macht zu brechen und Deutschlands Einheit zu zertümmern. Die „Heiligkeit der Verträge“ sichert Frankreich, solange sie in Geltung sind, nicht nur seine Vormachtstellung in Europa, sie geben ihm auch die Gewißheit, daß Deutschland sich in Abhängigkeit von Frankreich befinden muß.

Die französische Presse versucht jetzt übereinstimmend, also auf amtliche Anweisung, Deutschland zu veranlassen, sich in den amerikanischen—französischen Meinungsstreit einzumischen. Sauerwein meint, „Deutschland habe die Pflicht zu erklären, daß die französischen Vorbehalte (zu dem Hoover'schen Plan) sich aus den Bestimmungen der feierlich unterzeichneten Verträge vermindern, und daß Deutschland daher keine Opposition dagegen erhebe.“ Der „Petit Parisien“ verübelt es der Regierung, „daß sie angesichts der Schwierigkeiten in den Pariser Verhandlungen weiter in der Zuschauerrolle verharre“. Weshalb verlangt Frankreich plötzlich eine deutsche Einmischung? Es merkt, daß es in Hoover einen Verhandlungspartner gefunden hat, der auf die üblichen französischen Winkelzüge, schönen Reden und vagen Zusicherungen nicht eingeht. Selbst Drohungen haben keinen Eindruck gemacht.

Jetzt riskiert Frankreich, daß es in einer entscheidenden Frage, vielleicht sogar in der Schicksalsfrage der Welt sto-

liert dasteht. Laval kann ohne Prestigeverlust von seinem stolzen Wort, daß er die Grenze der französischen Zugeständnisse erreicht habe, nicht mehr zurück. Er kann nicht gut erwarten, daß Hoover nachgibt und allen Mächten, die seinen Vorschlag zum Teil begeistert aufgenommen haben, zumute. Ihre Forderungen zurückziehen. Frankreich kann es nicht wagen, den Hoover'schen Plan zum Scheitern und England dadurch in die unmögliche Lage zu bringen, seine Schuldennachschuldsicherungen an die Dominien wieder rückgängig zu machen.

Deshalb soll Deutschland einspringen und seinem amerikanischen Gönner in den Rücken fallen. Man wird hoffen dürfen, daß die deutsche Regierung auch nicht einen Augenblick diesen Gedanken auch nur in Erwägung zieht. Frankreich hat sich in seiner Ueberheblichkeit selbst in diese Lage hineinmanövriert und hat der Welt einen ausgezeichneten Unterricht von seinem „Friedens- und Verständigungswillen“ gegeben. Wir dürfen in Deutschland mit einiger Ruhe zusehen, wie es den Weg zur Umkehr findet.

## Verschärfte Gegensätze Paris—Washington

Da weder Amerika und Frankreich Nachgiebigkeit zeigen, hat sich die Lage außerordentlich zugespitzt

Washington, 1. Juli.

Nach langen Beratungen mit dem Präsidenten Hoover gab Unterstaatssekretär Castle über die Verhandlungen zwischen Schatzsekretär Mellon und dem französischen Ministerpräsidenten Laval ein formelles Communiqué aus, in dem die französische Regierung als die einzige bezeichnet wird, die sich nicht einmal prinzipiell mit dem Plan Hoovers einverstanden erklärt habe.

Castle sagte wörtlich: „Soweit wir unterrichtet sind, haben jetzt sämtliche Regierungen im Prinzip dem Plane des Präsidenten Hoover zugestimmt mit Ausnahme der französischen Regierung. Es haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, den französischen Standpunkt mit dem Geist des Vorschlages des Präsidenten in Uebereinstimmung zu bringen. Zwischen dem Botschafter Edge und dem Schatzsekretär Mellon sowie den französischen Ministern finden noch Erörterungen statt.“ Diesem Communiqué fügte Castle noch hinzu: „Wir verhandeln immer noch, das ist alles, was wir gegenwärtig sagen können.“

### Die Streitpunkte

In Ergänzung der Berichte über die Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den amerikanischen Unterhändlern Schatzsekretär Mellon und Botschafter Edge einerseits und den französischen Ministern andererseits bei den Pariser Verhandlungen ergeben haben, veröffentlichten die französischen Blätter übereinstimmende Meldungen, die darauf schließen lassen, daß sie französischerseits amtlich informiert worden sind. Hiernach handelt es sich um drei Punkte: über die bisher eine Einigung nicht erzielt werden konnte: Erstens, Frankreich wünscht, daß die Summen, deren Zahlung ausgesetzt wird, von Deutschland, und zwar sowohl, was das Kapital wie die Zinsen anlangt, den Gläubigern innerhalb von fünf Jahren vom Augenblick der Wiederaufnahme der Young-Planzahlungen zurückgezahlt werden, während die Vereinigten Staaten eine auf 25 Jahre gestaffelte Rückzahlung vorschlagen und sich mit einem geringen Zinsfuß begnügen wollen.

Zweitens, Frankreich besteht ganz besonders darauf, daß Deutschland sich verpflichtet, nach dem einjährigen Hoover-Moratorium, und zwar während der fünf Jahre, in denen die ausgegebenen Beträge zurückgezahlt werden sollen, nicht das im Young-Plan vorgezeichnete Moratorium für sich zu beanspruchen, und daß im Falle eines Young-Plan-Moratoriums Frankreich nicht der BIZ, den Garantiefonds von 500 Millionen Mark — wie es der Young-Plan vorseht — einzuzahlen braucht.

Drittens, Frankreich besteht darauf, daß die von Deutschland an die BIZ, 1931/32 zu leistenden Markzahlungen nicht nur zu Gunsten Deutschlands, sondern auch der Länder Mittel- und Osteuropas Verwendung finden, die durch die Aussetzung des deutschen Transfers in Schwierigkeiten geraten könnten.

### Für eilige Leser.

\* Der Reichskanzler beabsichtigt, sobald es die außenpolitische Lage gestattet, einen mehrtägigen Erholungsurlaub anzutreten.

\* Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat auf seinem Wege nach Island am Dienstag 16.15 Uhr Scarborough überflogen. Es verschwand in nördlicher Richtung auf Whiteby zu.

\* Das Arbeitsministerium gibt bekannt, daß die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Großbritannien am 22. Juni 2627 386 betragen habe. Dies bedeutete gegenüber der Vorwoche eine Zunahme um 6456 und eine solche gegenüber dem Vorjahre um 812 044.

\* Am Dienstag wurde im Bundeskanzleramt in Wien der österreichisch-ungarische Handelsvertrag in Anwesenheit Dr. Schobers und des ungarischen Gesandten unterzeichnet.

Während über Punkt 1 und 3 eine Annäherung des französischen und des amerikanischen Gesichtspunktes wahrscheinlich erscheint, soll der französische Ministerrat beschlossen haben, in Punkt 2 intransigent zu bleiben. In gewissen Kreisen würde man es gern sehen, wenn Deutschland seinen juristisch durchaus begründeten Standpunkt, daß es sich in die zwischen Frankreich und Amerika geführten Verhandlungen nicht einzumischen habe, aufgeben und von sich aus einen Schritt unternehmen würde, der ein Arrangement zwischen Amerika und Frankreich erleichtern könnte.

## Sonderaktion für Deutschland?

Washington, 1. Juli.

In Regierungskreisen beschränkt man sich auf die Feststellung, daß die Lage zur Zeit ernst sei, da Frankreich als einziger Gläubigerstaat sich bisher weigere, an einer großzügigen internationalen Zusammenarbeit teilzunehmen. Bei allem ehrlichen und ernstesten Bemühen, zu einer Verständigung mit Paris zu gelangen, sehe man hier kaum eine Möglichkeit weiteren Nachgebens, ohne den wahren Sinn des Hoover-Plans über Bord zu werfen. Man lehnt selbstverständlich eine amerikanische Garantie für den Young-Plan ab, und man erklärt es für widersinnig, von Deutschland, dessen verzweifelte finanzielle Lage überall zugegeben werde, zu erwarten, daß es den in Höhe des unauffschiebaren Teils ihm zu gewährenden Kredit in kurzer Frist zurückzahle. Hoover besprach die Lage in einer längeren Kabinettsitzung, an der Castle und Mills teilnahmen, nachdem er vorher erneut mit Mellon telephonierte hatte.

In parlamentarischen Kreisen umgehende Gerüchte, für die eine Bestätigung jedoch nicht zu erlangen ist, besagen, daß Hoover nicht nachgeben, aber auch Deutschland nicht im Stich lassen werde, sondern schon jetzt mit seinen amtlichen und parlamentarischen Mitarbeitern berate, wie man Deutschland nötigenfalls ohne Frankreichs Mitwirkung helfen könne. Als hilflos werden die Meldungen bezeichnet, nach denen man hier eine direkte Verständigung zwischen Paris und Berlin wünsche. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß Hoover die Rettungsaktion mit dem ganzen Gewicht seiner Stellung eingeleitet habe und sie auch durchführen werde.

In Erinnerung daran, daß Kellogg bei der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im August 1928 Frankreich und Irland, nicht aber London besuchte, wird in parlamentarischen Kreisen die Möglichkeit erwogen, daß im Falle eines Fehlschlages der Pariser Verhandlungen Hoover Stimson anweisen könnte, nicht nach Paris zu gehen.

## Frankreichs Ablage

Paris, 1. Juli.

Der französische Senat hat am Schluß der Debatte über die französische Antwort zu dem Hoover'schen Vorschlag nach den Erklärungen des Finanzministers Flandin und des Ministerpräsidenten Laval eine Entschließung des Senators Berard mit 197 gegen 5 Stimmen angenommen, die lautet:

„Der Senat ist der Ansicht, daß die Achtung der Verträge und Abmachungen die einzig feste Grundlage der internationalen Beziehungen bildet. Der Senat erinnert an die Opfer und Zugeständnisse aller Art, die Frankreich seit dreizehn Jahren zugunsten der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und zugunsten der Wiederherstellung der Eintracht und der europäischen Wirtschaft gebracht hat. Der Senat billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.“

## Italien notifiziert seinen Verzicht.

Rom. Die amtliche italienische Agentur meldet: Während man erwartet, daß die gegenwärtig laufenden Verhandlungen so bald als möglich ein endgültiges Abkommen zwischen den interessierten Regierungen ergeben, hat die italienische Regierung folgerichtig ihrer vollen und herzlichen Zustimmung